

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## England erhebt sich gegen Frankreich.

### Die Ruhrbesetzung rechtswidrig!

London, 12. August. (WTB.) Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus weist die gestern Frankreich und Belgien übergebene englische Note darauf hin, daß die französisch-belgischen Anregungen in bezug auf die Priorität auf eine Abänderung des in Spa festgesetzten Verteilungsschlüssels der Reparationsleistungen zugunsten Frankreichs und Belgiens hinauslaufen. Die britische Regierung sei immer noch der Meinung, daß die gesamte Reparationssumme durch eine unparteiliche internationale Feststellung bestimmt werden soll. In der Note wird der Standpunkt vertreten, daß die

#### Befehung des Ruhrgebietes keine auf Grund des Friedensvertrages berechnete Sanktion

sei. Die britische Regierung sei jedoch willens, die Frage der Rechtmäßigkeit dem Internationalen Gerichtshof in Haag zu unterbreiten. Sie sei bereit, ihre Zahlungsforderungen an die Alliierten und an Deutschland auf eine Summe zu begrenzen, welche annähernd 14 Milliarden Goldmark beträgt, und welche den Wert der fundierten britischen Schuld an die Vereinigten Staaten darstellt. Großbritannien wolle, daß Deutschland bis zur äußersten Grenze seiner Fähigkeit Reparationen leistet. Die französisch-belgischen Methoden habe jedoch die britische Regierung als zum Scheitern verurteilt.

In einem besonderen Memorandum über die interalliierten Schulden erklärt die britische Regierung, daß irgendein Nachschuß nur gewährt werden könne, wenn eine feste Regelung der Reparationsfrage getroffen worden ist. Sie betont, der erste Schritt müsse die Erzielung einer Uebereinstimmung der Alliierten über die Höchstsumme sein, die man vernünftigerweise von Deutschland erhalten kann. Die britische Regierung erklärt, daß die

#### französische Schuld an Großbritannien nicht abgeleugnet

werden könne und ist der Ansicht, daß mit der Bezahlung der Zinsen begonnen werden sollte, sobald das Verhältnis des Pfund Sterling zum Franken einigermaßen stabil geworden sei.

#### Der Inhalt der Note.

London, 12. August. (WTB.) Die vom 11. August 1923 datierte Note des britischen Staatssekretärs des Äußern Lord Curzon an die Botschafter Frankreichs und Belgiens in London enthält 55 Paragraphen. Es wird da ausgeführt:

Die aufrichtige Enttäuschung sei der englischen Regierung durch die Antworten verursacht worden, die sie unter dem Datum des 30. Juli von der französischen und belgischen Regierung auf ihre Note vom 20. Juli mit dem Antwortentwurf für Deutschland empfangen habe. Die Aufnahme dieser Vorschläge durch die beiden Re-

gierungen lasse die englische Regierung unter dem peinlichen Eindruck, daß weder ihre Vorschläge von den Alliierten begrüßt, noch daß nach deren Ansicht ihre angebotene Mitwirkung Erwähnung verdiene, außer unter der Bedingung, daß keinerlei Abweichungen in irgendeiner Einzelheit gemacht würden von allem, was Frankreich und Belgien als ihre unabänderlichen (overriding) Ansichten und Entscheidungen bezeichneten. Allerdings scheine die belgische Antwort auf den ersten Blick hin weniger unangenehm zu sein als die französische Note. Aber bei genauer Prüfung zeige sich, daß die Haltung der beiden Regierungen für alle praktischen Zwecke identisch sei und daß die belgische Regierung, obgleich ihr Bestreben auf eine Fortdauer freundschaftlicher Unterredungen hingedeutet scheine, dies nur unter der Bedingung geschehen lassen wolle, daß das Wesen der belgischen Forderungen im Voraus zugestanden werde. Der erste Punkt, der die britische Regierung überrascht habe, sei der, daß weder in der Antwort der französischen, noch in der der belgischen Regierung irgendeine

#### Anspielung auf den Inhalt des Antwortentwurfs auf das deutsche Memorandum

enthalten sei, den die englische Regierung vorgeschlagen habe. Die belgische Regierung sei allerdings weiterhin für den Grundgedanke einer gemeinsamen Antwort, aber die französische Regierung übergehe den Vorschlag mit vollständigem Stillschweigen, und dabei sei dies doch das Hauptziel gewesen, auf das die englische Regierung in ihrem Wunsch nach sorgfältiger Aufrechterhaltung der alliierten Einheit ihre Bemühungen gerichtet habe. Diese Auslassungen werden kaum kompensiert durch eine Reihe von argumentativen Stellen, Nachfragen über Details und Angebote weiterer Erörterungen und Unterredungen, die eine Ansicht auf eine unbegrenzt ausgepönnene Kontroverse eröffnen, während fundamentale Grundfragen nur erwähnt wurden, um zu erklären, daß sie eine Erörterung nicht zuließen.

Es könne vielleicht erklärt werden, daß die belgische Antwort keineswegs so kategorisch wie die französische den Vorschlag nach einer neuen Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands verwerfe. Aber die Zustimmung der belgischen Regierung zu einer derartigen

#### Untersuchung werde abhängig gemacht von der Erreichung von sekundären Vorteilen weitreichender Art für Frankreich und Belgien auf Kosten ihrer Alliierten und insbesondere Großbritanniens.

Ein derartiger Vorschlag scheine der britischen Regierung eine offenkundige falsche Auffassung der Lage zu enthalten. Es werde nicht angefochten werden können, daß es keinen Zweck habe, von Deutschland mehr zu fordern, als es in der Lage sei, zu zahlen.

Die Frage, was der Höchstbetrag sei, den Deutschland zahlen könne, sei von höchster Bedeutung für alle seine Gläubiger. Es sei dies eine Frage der Feststellung einer Tatsache, auf der alle praktischen Vereinbarungen oder Kombinationen zur Erzielung von Zahlungen bis zum vollmöglichen Maße begründet werden müßten. Die britische Regierung habe daher vorgeschlagen, Schritte zu tun, um diese wichtige Tatsache festzustellen. Belgien antwortete, daß es seine Zustimmung nicht erteilen werde, wenn es selbst und Frankreich nicht einen entsprechenden Vorteil gewinnen würde. Die britische Regierung könnte keineswegs bereitwillig in eine derartige Transaktion eintreten.

Während die belgische Note keinerlei genaue Forderungen angebe, hätten offizielle und offiziöse Verlautbarungen der französischen und belgischen Minister es klargemacht, daß die französische Regierung auf einer Mindestzahlung von 26 Milliarden Goldmark über den Betrag zu bestehen wünsche, der erforderlich sei, um ihre Schulden an England und die Vereinigten Staaten zu bezahlen, die belgische Regierung auf einer Mindestzahlung von fünf Milliarden Goldmark, für die sie ganz oder teilweise um weitere Priorität erlaube. In der Praxis würden die vorgeschlagenen gleichbedeutend sein mit einer Verringerung zugunsten Frankreichs und Belgiens

der durch das Spa-Abkommen festgesetzten Verteilungsprozentsätze. Die britische Regierung könne nicht zugeben, daß irgendein Grund für eine Abänderung des Spa-Prozentsatzes bestehe. Es wäre unbillig und sei unmöglich, dem britischen Steuerzahler, der bereits recht schwer belastet sei als seine französischen und belgischen Alliierten, zumuten, weitere Opfer zu bringen, indem die Spa-Prozentsätze zugunsten Belgiens und Frankreichs abgeändert würden. Während die belgische Regierung an ihre Zustimmung zu einer Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch unparteiliche Sachverständige eine Bedingung knüpfte und sie dadurch wenig wertvoll gestaltete, verwerfe die französische Regierung diesen Plan ganz und gar und scheine ihre Weigerung zu rechtfertigen, indem sie eine Reihe von Fragen stelle, die zu endlosen Erörterungen führen könnten, zu einer Zeit, wo schnelle Entscheidung von wesentlicher Bedeutung sei.

Auf verschiedene von Poincaré aufgeworfene Fragen eingehend, in denen Erstaunen darüber ausgedrückt wird, daß irgend jemand die Berechtigung der Reparationskommission, den von Deutschland zu zahlenden Gesamtbeitrag auf 132 Milliarden Goldmark festzusetzen, anzweifelte, hebt die britische Note hervor, daß der Beschluß der Reparationskommission nur eine einfache Schätzung

der Schäden gewesen sei, ohne irgendwelche Berücksichtigung der Frage der Fähigkeit Deutschlands zu zahlen.

Die Pflicht, die endgültige Entscheidung zu treffen, liege zum Teil bei der Reparationskommission und zum Teil bei den alliierten Regierungen, da, wenn Umstände die Streichung eines Teiles der Kapital Schuld notwendig machen sollten, die besondere Ermächtigung von den verschiedenen Regierungen, die in der Kommission vertreten sind, erforderlich ist. Diese Pflicht, die nach den Bedingungen des Vertrages erfüllt

## Cunos Rücktritt - Stresemann Kanzler

### Die Regierung der Großen Koalition.

Unter dem Eindruck des sozialdemokratischen Fraktionsbeschlusses vom Sonnabend hat sich das Schicksal der Regierung Cuno rasch vollendet. Der bisherige Kanzler hat am Sonntagmittag dem Reichspräsidenten den Rücktritt des Reichskabinetts mit folgendem Schreiben angezeigt:

Herr Präsident!

Als ich, Ihrem Ruf folgend, die Leitung der Regierung übernahm, gab ich der Ueberzeugung Ausdruck, daß angesichts des Ernstes der uns bevorstehenden Zeiten nur eine völlig einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte Deutschlands vor schwerem Unheil bewahren werde. Während der seitdem verstrichenen fast neun Monate ließ ich mich bei der Führung der Politik stets von dem Bestreben leiten, der Verwirklichung jener Zusammenfassung aller Kräfte den Weg zu ebnen. In der Tat haben die Grundlinien der auswärtigen Politik der Reichsregierung, hat ihre Stellung im Abwehrkampf im Ruhrgebiet und am Rhein, haben wichtigste wirtschaftliche und steuerliche Maßnahmen, wie unläugbar das Gelingen der Sicherung der Brotversorgung, die eben verabschiedeten Steuererlasse und die Aktion der großen wertbeständigen Anleihe die Zustimmung aller den Staatsgedanken bejahenden Kräfte gefunden. Der Wille der Nation, sich im Kampfe um Leben und Freiheit zu behaupten, kam darin zum klaren einmütigen Ausdruck.

Aus der Entwicklung der letzten Tage habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß nach einer in weiten Kreisen der berufenen Vertretung des deutschen Volkes vorherrschenden Ansicht der entschlossene Wille zur Selbstbehauptung noch stärker und noch nachdrücklicher durch eine Regierung verkörpert würde, die von einer Koalition großer Parteien gebildet und damit von einer starken festen Mehrheit des Reichstages getragen ist.

Ich bitte daher, Herr Reichspräsident, mein Amt und die Ämter der Herren Reichsminister hiermit in Ihre Hände zurücklegen zu dürfen.

Mit der Versicherung aufrichtiger Hochachtung, bin ich, Herr Reichspräsident, Ihr Ihnen sehr ergebener  
Cuno.

Der Reichspräsident hat sich nach einer Aussprache mit dem Reichskanzler zunächst seine Entschließung vorbehalten und im Laufe des Abends die hierdurch geschaffene Lage mit den Parteiführern besprochen. In den späten Abendstunden beauftragte der Reichspräsident den Abgeordneten Dr. Stresemann mit der Neubildung des Kabinetts. Dr. Stresemann hat den Auftrag angenommen.

Die Besprechungen Stresemanns mit den Parteien sind noch nicht völlig abgeschlossen. Doch wird mit dem Eintritt mehrerer Sozialdemokraten in die Regierung der großen Koalition gerechnet. In erster Linie werden genannt Robert Schmidt, Dr. Hilferding (Reichsfinanzminister) und Dr. Radbruch (Justiz). Ferner werden von Raumer (Volkspartei) als Wirtschaftsminister und der Direktor der „Deutschen Werke“, Heinrichs, als Verkehrsminister genannt.

Die Liste der Minister ist in diesem Augenblick noch keineswegs feststehend. Alle Ankündigungen der Presse über den Umfang der Beteiligung der Parteien und über die in Betracht kommenden Personen sind zunächst kritisch zu werten. Es steht vorerst nur fest, daß unter Führung des Volksparteilers Dr. Stresemann und unter sehr aktiver Mitwirkung der Sozialdemokratie ein neues verfassungsmäßiges Reichskabinet gebildet wird, das möglicherweise noch heute abend mit seinem Programm vor den Reichstag treten und die verfassungsmäßige Billigung des Parlaments erhalten wird. Wie in Preußen besteht damit im Reich die große Koalition. Wie in Preußen wird sie im Reich nicht ein Aufgehen irgendeiner Partei in die andere, sondern eine Arbeitsgemeinschaft der an der Erhaltung des Reiches in seiner Einheit und in republikanischer Staatsform interessierten Parteien — nämlich der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und jetzt auch der Deutschen Volkspartei — darstellen. Es wird auf die Energie und Umsicht des Kabinetts und auf die Schnelligkeit seiner Entschlüsse ankommen, wenn es sich als Ganzes das Vertrauen des Volkes erwerben will. Die parlamentarischen Vorbedingungen dazu sind gegeben. Denn hinter ihm steht eine so kompakte Mehrheit der Abgeordneten, daß ihm von dort zunächst kein Hindernis entstehen dürfte. Auch die Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratie wird das Kabinet in jedem Entschluß und jeder Handlung unterstützen, die in der Richtung der von der Fraktion aufgestellten Bedingungen für ihren Eintritt in die Regierung liegen. Auch von denjenigen Genossen, die bisher Gegner der großen Koalition waren, darf erwartet werden, daß sie angesichts der großen Mehrheit, mit der die Fraktion sich für den Eintritt in die Regierung aussprach, ihre abweichende Meinung zurückstellen und zu ihrem Teile mithelfen, die Regierung arbeitsfähig zu machen. Es kommt in dieser Stunde darauf an, mit allen Kräften dahin zu wirken, den Zerstörern der Republik von außen und innen zu begegnen. Von außen: durch eine planvolle und aktive Politik zur Befreiung der auch von England als rechtswidrig anerkannten Ruhrbesetzung; von innen: gegen die Volkshemmen von rechts und links.

Denn es ist im Augenblick nichts gefährlicher für die Republik als das unsinnige Treiben der Kommunisten, die mit ihrer Forderung einer „Arbeiter- und Bauernregierung“ die Köpfe verwirren, trotzdem sie wissen, daß eine solche Regierung gar nicht gebildet werden kann ohne Zerstörung des Reiches, ohne Zertrümmerung der wirtschaftlichen Grundlagen, auf denen eine starke Arbeiterbewegung überhaupt wirken kann. Jeder, dem es ernst ist mit der Sorge um die Deutsche Republik und damit um die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse, muß von diesem kommunistischen Unsinne nicht nur in Gedanken abrücken, sondern auch mit der Tat. Man soll die neuen Butschapoitel überall entgegengesetzt zurückweisen und sich zu aktiver Arbeit im Sinne der Sozialdemokratie zusammenfinden.



werden müsse, welche darin, unter alleiniger Bezugnahme auf die Arbeitsquellen und die Fähigkeit Deutschlands zu entscheiden. Daher könne, wie klar ersichtlich sei, eine Unterjochung der deutschen Leistungsfähigkeit durch unparteiische Sachverständige zur Unterfertigung der Reparationskommission, sollte eine Streichung eines Teiles der Schuld für notwendig erachtet werden, eine solche durch die alliierten Regierungen, welche damit ihre vertragsmäßigen Pflichten erfüllen, nicht für die Berechtigung eines Grundgesetzes angesehen werden, der im Vertrag ausgedrückt oder enthalten ist.

Die englische Note beleuchtet weiter die Ansprüche der Alliierten im Sinne des in Spa beschlossenen Verteilungsschlüssels und setzt auseinander, daß nach dem Prioritätsabkommen, das geschlossen worden sei, als man von Deutschland viel besondere Summen forderte, als man heute jemals zu erhalten erwarten könne, Belgien schon viel mehr erhalten als jede andere beteiligte Macht. Hinzu komme, daß es völlig von keinen Kriegsschulden an die Alliierten befreit worden sei, die nahezu eine Summe von 300 Millionen Pfund Sterling betragen hätten. Was die französischen Ansprüche auf 26 Milliarden Goldmark über die französische Gesamtschuld an Amerika und England hinaus anbelangt, welche 27 Milliarden betragen, die gestundet seien, so gehe die Forderung ungefähr um das drei- bis vierfache über das hinaus, was Frankreich eigentlich nach dem bestehenden Abkommen zu erhalten habe. Es sei schwer, irgendeinen Grund dafür zu erkennen, wie aus der Unfähigkeit Deutschlands, seine Verpflichtungen zu erfüllen, dadurch auch England in seinen Anteilen geschädigt werde, Frankreich für sich das Recht herleite, einen Anspruch zu erheben, der es auf Kosten seiner Alliierten in eine weit günstigeren Position versetze, als sie ihm nach dem eigentlichen Zahlungsschema gebühre. Weder in den Waffenstillstandsbedingungen, noch in denen des Friedensvertrages von Versailles könne man rechtliche Grundgesetze für beantragte Ansprüche Belgiens und Frankreichs finden. Die englische Note geht dann zu einer Schilderung der Verluste finanzieller und materieller Art über, die England erlitten hat. Es heißt: „Die verlorene Schiffe und Ladungen, die auf dem Boden der See verfaulen, treffen das Auge natürlich nicht so wie die zerstörten Dörfer Frankreichs und Belgiens, aber sie stellen doch jedenfalls auch einen materiellen, von Deutschen verursachten Verlust dar und ebenso einen Verlust des englischen Nationalvermögens. Die englische Regierung könne keinen Grund einsehen, weshalb daher das Verteilungsabkommen von Spa revidiert werden solle. Nachdem die Note darauf hingewiesen hat, daß England seit dem Waffenstillstand

über vierhundert Millionen Pfund für die Arbeitslosenfürsorge ausgegeben habe, wird erklärt, daß England der einzige von allen Verbündeten sei, der augenblicklich keine Zinsen für die im Kriege aufgenommenen Schulden an Amerika in einer augenblicklichen Höhe von einer Milliarde Pfund Sterling abzahle. England allein habe bisher im Interesse seiner Alliierten auf die Erfüllung von Verpflichtungen durch andere verzichtet, die sich auf sieben- bis acht-hundert Millionen Pfund belaufen, und die andernfalls eine wesentliche Hilfe für die Zahlungen an Amerika darstellen würden. Nichtsdestoweniger habe England im Januar auf der Pariser Konferenz sich erboten, auf alle seine Rechte, Schadenersatz zu erhalten, zu verzichten und seine Bereitschaft ausgedrückt, die Schulden seiner Alliierten dadurch zu vermindern, daß es seinen Anteil an den deutschen Reparationszahlungen als eine Abzahlung der Schulden seiner Alliierten betrachte. Es sei ungerecht und völlig unmöglich, von dem englischen Steuerzahler, der weit schwerer belastet sei als der französische und belgische, noch mehr Opfer durch eine Veränderung des Verteilungsschlüssels von Spa zugunsten Frankreichs und Belgiens zu fordern. Weiterhin legt die Note dann auseinander, daß sie von der Reparationskommission errechnete Summe von 132 Milliarden Goldmark einfach nur eine Gesamtschätzung der Schäden darstelle, für die nach dem Friedensvertrage Ersatz beansprucht werden könne, daß diese Abschätzung jedoch

ohne jede Rücksicht auf die Frage geschähe, ob Deutschland fähig sei zu zahlen auch fähig sei.

Es seien sehr viel Schätzungen der deutschen Leistungsfähigkeit unternommen worden, aber alle zu einer Zeit, da man noch keinerlei Erfahrung darin besitzen habe, internationalen Verpflichtungen von solchen Kriestausnahmen herzustellen; eine solche Erfahrung aber hätte den Sachverständigen als Richtlinien dienen müssen. Die Note beschließt sich dann weiter mit der Reparationskommission und sagt: Frankreich und Belgien seien in der Reparationskommission, in der der amerikanische Vertreter fehle und der französische Vorsitzende die entscheidende Stimme habe, in der Frage, über die Rufe des englischen und italienischen Vertreters hinweg zu entscheiden, und es sei notwendig, daß, von diesen Umständen begünstigt, die Kommission in der Praxis

lediglich nur noch ein Instrument der französisch-belgischen Politik sei.

Auf den Vorschlag eingehend, eine unparteiische Kommission zur Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit zu berufen, erklärt die englische Note, in dieser Kommission müßten nicht nur Vertreter der an der Reparation interessierten Mächte, sondern auch Vertreter Amerikas und solcher Staaten stehen, die an dem letzten Kriege nicht teilgenommen hätten; das wäre auch Deutschland selbst erwünschlicher. Trotzdem aber wäre die englische Regierung glücklich, wenn man eine andere Form dieser Kommission finden würde, und würde zustimmen, wenn die verschiedenen Regierungen sich verpflichteten, der Reparationskommission zu empfehlen, die Resultate der Arbeit dieser Kommission entweder als voll anzunehmen oder aber diese Kommission nur als beratende Instanz anzuhören. Sodann geht die Note zur

**Betrachtung der Ruhrbesetzung**  
über. Die englische Regierung habe ihre Bereitwilligkeit kundgetan, Deutschland zu ermahnen, alle seine Bestimmungen und Befehle rückgängig zu machen, die den politischen Widerstand organisiert und bestärkt hätten.

aber sie könne der These nicht beipflichten, daß der passive Widerstand bedingungslos als dem Versailler widersprechend angesehen werden müsse.

Die französische und belgische Regierung beriefen sich darauf, daß die Okkupation durch die ihnen im § 18 zugesprochene Vollmacht gerechtfertigt sei. Die höchste englische Justizbehörde jedoch habe der englischen Regierung ein Gutachten dahingehend ausge stellt, daß der

Widerstand Deutschlands gegen diese französisch-belgische Aktion wohl begründet

sei, und die englische Regierung habe niemals ihre Ansicht verhehrt, daß die franko-belgische Aktion keineswegs durch den Friedensvertrag gerechtfertigt werden könne. Aber sie sei vollkommen damit einverstanden, wenn diese Meinungsverschiedenheiten über die Interpretation wichtiger Bestimmungen des Friedensvertrages vom Haager Schiedsgericht oder irgendeiner anderen angängigen Instanz geklärt werden würden. Die französische und belgische Regierung argumentieren, daß, wenn England sich der Okkupation angeschlossen hätte, kein passiver Widerstand entstanden und ein außerordentlicher Eingang von Reparationen zu verzeichnen gewesen wäre. In Verfolg ihrer Ansichten über die Rechtmäßigkeit der Okkupation und über ihren praktischen Wert sei es jedoch der englischen Regierung unmöglich gewesen, daran teilzunehmen. Die englische Regierung drückt jedoch ihre Überraschung und Enttäuschung darüber aus, wie die englischen Vorschläge für die Wiederherstellung normaler Bedingungen an der Ruhr von den Alliierten aufgenommen worden seien. Die englische Regierung sei des Glaubens gewesen, diese Vorschläge hätten sowohl eine volle Rücksichtnahme auf die Lage Frankreichs und Belgiens gezeigt, wie auch auf sichere Garantien für einen laufenden und stetigen Empfang von Zahlungen hingewiesen. Aber auch dieser Hinweis

## Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Kommunisten und Reaktionen verbreiten, weil sie sehen, daß sie ohne die Gewerkschaften nicht weiter kommen. Die läugerische Behauptung, daß Gewerkschaftskommission und Ufa-Ortskartell jetzt doch nach dem Streik genötigt geworden seien.

Wir sind von den zuständigen Instanzen ermächtigt, zu erklären, das ist

eine schamhafte Lüge!

Gewerkschaften und Sozialdemokratie lehnen die Beteiligung am dem kommunistischen Unfug ab!

sei einfach zurückgewiesen worden. Beide Regierungen, die französische und belgische, hätten erklärt, von einer Räumung des Ruhrgebietes könne nur in dem Falle die Rede sein, daß sie schrittweise mit den Zahlungen Deutschlands vorgenommen werde. Die vollständige Räumung des Ruhrgebietes also, so fährt die englische Note fort, könne damit erst dann erwartet werden, wenn Deutschland sich seiner Verpflichtungen völlig entledigt hätte. Dieser Hinweis in Verbindung mit dem immer noch aufrechterhaltenen Anspruch auf 132 Millionen Goldmark deutscher Reparationszahlung könne also nur so gedeutet werden, daß die Absicht bestehe, auf eine ganze Reihe von Jahren hin die Okkupation aufrechtzuerhalten. Ihre Dauer könne demnach nicht weniger als 36 Jahre betragen, d. h. die durch das Zahlungsschema vorgesehene Zahlungsperiode, die mit Rücksicht auf die Verhältnisse sich

auf unbegrenzte Zeit oder gar an immer verlängern

könne. Eine derartige Sachlage, in der die politischen mit den wirtschaftlichen Bedingungen nicht in Einklang gebracht seien, könne nur als ein großes Unglück bezeichnet und von der englischen Regierung nur mit dem größten Bedauern wahrgenommen werden. Dies alles werde ersichtlich, die Gefahr heraufzubeschwören, daß die internationalen Beziehungen in dreadendster Weise beeinträchtigt würden, oder, um mit dem Artikel XI des Friedensvertrages zu sprechen, daß der internationale Frieden und das gute Einvernehmen zwischen den Nationen, auf dem der Friede beruht, gefährdet würden. Die englische Regierung könne nicht glauben, daß die französische und belgische Regierung die Meinung der Welt für sich gewonnen, wenn sie einen solchen gefährlichen Zustand absichtlich aufrecht erhielten. So, wie sie jetzt gehandelt werde, habe die Ruhrbesetzung mittel- und unmittelbar schon die bedeutendsten Wirkungen auf die wirtschaftlichen und industriellen Ausichten nicht nur Deutschlands, dessen Zahlungsfähigkeit dadurch immer illusorischer werde, sondern auch auf die Europas, sogar der ganzen Welt, und nicht zuletzt auch Englands selbst ausgeübt. Die Note geht dann auf die Frage der internationalen Schuld näher ein. Die englische Regierung schlage nach wie vor ihr Schema vor, nach dem sie bereit sei, ihre Ansprüche an die Alliierten und an Deutschland zusammen auf vierzehneinhalb Milliarden Goldmark zu beschränken, die Summe nämlich, die augenblicklich den Nennwert ihrer Kriegsschuld an die Vereinigten Staaten darstelle.

Der erste Schritt dazu müßte sein, das Maximum der Summe festzusetzen, die man vernünftigerweise hoffen könne, von Deutschland zu erhalten, und der nächste Schritt der, irgendwelche Arrangements zu treffen, die eine wirkungsvolle Wiederherstellung der deutschen Finanzen, die Bereitstellung eines Kredits auf gesunder Basis und die Sicherung der laufenden deutschen Zahlungen durch ein Kontrollsystem herbeiführen, welches letzteres oder von wirtschaftlich ungeunden Hemmnissen, wie die militärische Okkupation der Ruhr eine sei, frei sein müsse. Die Methode, das, was man zu bekommen wünsche, auszuaddieren und dann die Zahlungen zu erzwingen, sei kein nützlicher Weg, von seinen Schulden Geld zu erhalten; daher betrachte die englische Regierung auch die Methode, mit der sich die französische und belgische Regierung augenblicklich Reparationen zu sichern versuchten, als einen

schweren Fehler, der mit großen wirtschaftlichen und politischen Gefahren verbunden

sei. Wenn also Schritte unternommen würden, eine sichere Summe für die deutschen Reparationsverpflichtungen aufzustellen und diese Zahlungen selbst zu sichern, so sei England gerne bereit, sich in eine Diskussion über die alliierten Schulden an England einzulassen. Die Bereitschaft dürfe aber nicht so ausgelegt werden, als wolle sich England damit seiner Rechte als Gläubiger begeben.

## Die Aufnahme der Note in Paris.

Die englische Note ist in Paris mit zorniger Uebercohung aufgenommen worden, insbesondere wegen der Anfechtung der Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung. Die Zeitungen weisen höhnisch auf die Tatsache hin, daß Donor Lam zu Beginn der Ruhrbesetzung den Franzosen „viel Glück“ zu einem Unternehmen gewünscht habe, daß Baldwin acht Monate später als vertragswidrig bezeichne.

## Die letzte Handlung der Regierung Cuno.

WLB verbreitet um die Mittagsstunde im Auftrage der inzwischen gar nicht mehr existierenden Regierung Cuno eine längere Meldung, in der mitgeteilt wird, daß sich Deutschland gezwungen sehe, alle Reparations- und Sachleistungen für die am Ruhrbruch nicht beteiligten Mächte einzustellen, da bei dem gegenwärtigen Dollarstand diese Lieferungen einen Papiergeldaufwand von 300 Billionen Papiermark bedeuten, was katastrophale Folgen für die deutsche Wirtschaft haben müßte. Allein für Italien werde angesichts der Bedürfnisse der italienischen Industrie verlangt werden, die Rohstofflieferungen fortzusetzen. Im übrigen müßten alle übrigen Sachleistungen vorübergehend eingestellt werden. Die offizielle Mitteilung beruht auf einem Erlaß des zuständigen Reichsministers für Wiederaufbau vom 11. August.

Ohne auf die sachliche Berechtigung dieses Schrittes hier einzugehen, müssen wir feststellen, daß es sich, wie übrigens aus dem Datum des Erlasses des Wiederaufbauministers deutlich hervorgeht, um eine Maßnahme der inzwischen zurückgetretenen Regierung Cuno handelt, für die die neue Regierung Stresemann nicht die Verantwortung trägt. Es ist daher im höchsten Grade bedauerlich, daß diese offizielle Meldung des alten Kabinetts erst in dem Augenblick veröffentlicht wird, in dem das neue ins Leben tritt.

## Neue Beschlagnahme der „Roten Fahne“.

Die heutige Montagsausgabe der „Roten Fahne“ ist abermals der Beschlagnahme verfallen und das Erscheinen der Nummer verhindert worden. Diese Maßnahme erfolgte auf Grund der Feststellungen, die bereits im Laufe der Nacht durch die leitenden Stellen der Abteilung IA des Polizeipräsidiums über die Art der vorbereiteten Artikel des Blattes getroffen worden waren. Oberregierungsrat Dr. Weich war im Laufe der Nacht selbst in der Redaktion des kommunistischen Blattes erschienen und hatte sich die aus der Segerei kommenden Abzüge vorlegen lassen.

## Koenens neue Revolution.

### Kommunistischer Putschversuch in Mitteldeutschland.

Halle a. S., 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Gestern fand im Volkspark der Mitteldeutsche Betriebsrätekon-gress statt. Referent war der Reichstagsabgeordnete Koenen, der in seinem Referat erklärte, daß es jetzt gelte, eine neue Re-

volution und Märzrevolution herbeizuführen. Nachdem die in der Mehrheit aus kommunistischen Betriebsräten Mitteldeutschlands zusammengesetzte Versammlung in dieser Weise bearbeitet worden war, gelang es den Kommunisten, eine Resolution durchzubringen, in der zum Generalstreik in Mitteldeutschland aufgerufen wird. Die sozialdemokratischen Betriebsräte stimmten gegen diese Resolution und beschloßen in einer Sonder Sitzung, nicht mehr an den Beratungen dieses Kongresses teilzunehmen. Im Anschluß daran ließen die freien Gewerkschaften sofort folgenden Aufruf an die Arbeiter, Angestellten und Beamten platzieren:

Der heute im Volkspark zu Halle abgehaltene Mitteldeutsche Betriebsrätekon-gress, leitet jetzt von dem damals rein kommunistischen Bezirksausschuß einberufen, ist von vorn herein von den Kommunisten dazu benutzt worden, Mitteldeutschland zum Ausgangspunkt eines neuen Bürgerkrieges zu machen. Der Kommunist Koenen hat heute in dem Kongress erklärt, daß es gilt, eine neue Revolution und Märzrevolution herbeizuführen. Das bedeutet den Kampf aller gegen alle, bedeutet die Auflösung der Republik und die Errichtung der Diktatur des französischen Militarismus, Faschismus und deutschnationale Reaktion sehen, gestützt auf ihre bewaffneten Organisationen, bereit, die langverhehrtete Verrechnung mit der um ihre Befreiung ringenden Arbeiterklasse zu halten. Die brutale Niederdrückung des Proletariats wäre die unabwehrbare Folge der Durchführung der kommunistischen Totalhäuserei. Die Rot der Arbeiterklasse ist groß, sie wird aber nicht geringer durch Generalstreik, der die Hungerkrisis nur noch verschärft und das Massenelend steigert. Dem kann allein abgeholfen werden durch den verstärkten Einfluß der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse und auf die Rettung der Geschichte des Volkes. Die freien Gewerkschaften haben durch ihre Führer gestern zum Ausdruck gebracht, daß alle verfügbaren Mittel angewandt werden, um die Ernährung und finanzielle Lage der Arbeiterklasse zu bessern. Der heute durch verantwortliche kommunistische Drahtzieher zustandegekommene Generalstreikbeschuß, der nur zum Bürgerkrieg heizt und Beauftragte Moskvas verdeden soll, ist nicht der Willensausdruck der gewerkschaftlich organisierten Kops- und Handarbeiter Mitteldeutschlands. Streikbeschuß könne nur von den verantwortlichen Funktionären der freien Gewerkschaften gefaßt werden. Der heute zustandegekommene Generalstreikbeschuß ist darum hinfällig. Folgt nur den Weisungen der freien Gewerkschaften!

Das vorstehende Plakat wurde gestern in Halle wie im ganzen Regierungsbezirk Merseburg verbreitet und hatte zur Folge, daß die Generalstreikparolen der Kommunisten zum größten Teil von der mitteldeutschen Arbeiter-schaft nicht befolgt worden sind.

## Unruhen in Hannover.

12 Tote, 50 Verletzte.

Hannover, 13. August. (U.) Die Unruhen in Hannover dauern noch an. Am Sonnabend wurden einige Läden geplündert, insbesondere das Kaufhaus Jahn, in dem alle Schaufensterscheiben im Erdgeschloß zertrümmert sind. Die Polizei nahm darauf eine Säuberung der Straßen und verschiedener Wirtschaften der Altstadt vor, wobei es verschiedene Opfer gab. Die meisten der für Sonntag angelegten kommunistischen Versammlungen konnten nicht abgehalten werden, da verschiedene Versammlungslokale von der Polizei besetzt und mit Stadtbrot abgesperrt waren. Mittags wurde auch das Parteibureau der kommunistischen Partei durch die Schupo besetzt und die Druckereimaschinen durch Räumung von Raschmentellen druckunfähig gemacht. Die Schupo durchsuchte auf Bestaus mit Karabinern die Stadt. Ebenso durchsuchten Patrouillen zu Fuß und zu Pferde dauernd die innere Stadt. Die Anspannungen dauerten den ganzen Tag über an. Die Stimmung ist weiter erregt. Es kam wiederholt zu größeren und kleineren Zusammenstößen. Die Zahl der Opfer ist größer, als anfangs angenommen werden konnte. Die genaue Anzahl ist noch nicht festgesetzt, doch spricht man von etwa 12 Toten und einigen 50 Verletzten, darunter Schwerverwundeten. Auch am Sonntag abend gegen 10 Uhr gab es wiederum Tote und Verwundete. Die Tagung der kommunistischen Betriebsräte wurde durch die Schupo verhindert. Die Kommunisten forderten in einem Flugblatt zum Weiterstreik auf. Derselbe Parole wurde in den Versammlungen ausgegeben. Die Gewerkschaften wählten in einem Flugblatt zur Ruhe und Ordnung.

## Die Berliner Parteiorganisation zur Lage.

Am Sonntag nahm der erweiterte Bezirksvorstand Groß-Berlin der SPD zu der gegenwärtigen politischen Lage, insbesondere zu der kommunistischen Generalstreikparole und zu den Beschlüssen der Reichstagsfraktion Stellung. In einer mehrstündigen Aussprache, die durchaus sachlich verlief, erstatteten die Vertreter der einzelnen Kreise Bericht über die Stimmung der Parteigenossen im Bereich der Groß-Berliner Organisation. Allgemein kam die Verurteilung des Generalstreiks zum Ausdruck, in dessen Führung übrigens, wie aus verschiedenen Mitteilungen hervorgeht, die kommunistischen Betriebsräte bereits vielfach durch spontanelemente verdrängt werden. In der Frage der Notwendigkeit des Rücktritts Cunos herrschte Einmütigkeit, dagegen waren die Ansichten über die Zweckmäßigkeit des Eintritts in die große Koalition geteilt. Einmütig kam aber die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die Geschlossenheit der Partei fester denn je im Zentrum der deutschen Arbeiterklasse zu wahren sei. Es wurde schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der erweiterte Bezirksvorstand unterstützt die Reichstagsfraktion in ihren Forderungen, verlangt aber, daß sie mit flüchtig zunehmender Energie an deren Durchführung geht. Sie wird dabei die Berliner Parteigenossen einmütig hinter sich haben.“

Eine weitere Resolution, die sich im Anschluß an diese Entscheidung zugunsten des Eintritts der Partei in die große Koalition auch im Reich ausgesprochen wurde gegen eine starke Widerbeibehaltung abgelehnt.

## Die Stimmung im besetzten Gebiet.

Dortmund, 13. August. (Eig. Drahtbericht.) Eine am Sonntag in Dortmund stattgefundene Konferenz der Vertrauensleute der Vereinigten Sozialdemokratie aus dem besetzten Gebiet, Bezirk Westfälisches Westfalen, an der auch der Sekretär der Internationalen, Tom Shaw, aus London teilnahm, beschäftigte sich eingehend mit der augenblicklichen Lage Deutschlands und den Aufgaben der Sozialdemokratie. Sie nahm mit großer Mehrheit folgende Entschlußfassung an:

„Die Konferenz begrüßt, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags die Cuno-Regierung zum Rücktritt gezwungen hat. Sie billigt auch den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung, vorausgesetzt, daß die zur Durchführung des Erfüllungsprogramms und zur Lösung des Ruhr- und Reparationsproblems von der Sozialdemokratie gestellten Forderungen angenommen und schleunigst gefolgt werden.“

Eine andere Resolution, in der eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung der großen Koalition verneint wurde, wurde gegen 19 Stimmen abgelehnt.



# Die Goldanleihe.

Der Steueraussschuß trat heute mit erheblicher Verspätung in die Beratung der Goldanleihe ein. Staatssekretär Fischer stellte die Frage: Will man in diesem Gesetz von vornherein die Zwangstendenz zur Erlassung von Devisen festlegen oder will man die sich vorbehalten? Vom anleihenrechtlichen Standpunkt aus spricht man dafür, sie nicht festzulegen, um die Zeichnung nicht zu gefährden. Der Reichstag könne sich damit zufriedengeben, daß die Frage einer Zwangserlassung von Devisen dann wieder aufgenommen werde, wenn nicht genügend Devisen eingehen. Wenn jedoch der Ausschuß die Erlassung festlegen will, so solle er es bei der Tendenz und der Ermächtigung bewenden lassen. Er schlägt folgende Fassung für den § 2 vor:

„Soweit nicht bis zum 15. September 1923 200 Millionen Mark Gold auf die Schuldverschreibungen oder Schatzanweisungen der im § 1 genannten Art gezeichnet worden sind, ist die Reichsregierung ermächtigt, die Zeichnung des Höchstbetrages herbeizuführen und dabei Bestimmungen über Einzahlung von Devisen der in den Zeichnungsbedingungen für die werbeständige Anleihe des Deutschen Reiches angegebenen Art zu treffen. Das Nähere enthält eine Verordnung der Reichsregierung, die der Zustimmung des Reichsrates und eines Ausschusses des Reichstages bedarf.“

Abg. Helfferich (Dnalk.): Wir wollen hier einer Regierung Ermächtigungen geben, von deren Zusammenlegung wir noch keine Ahnung haben und von der wir vor allem noch nicht wissen, wer Finanzminister sein wird (!!) Ich empfehle, von einer solchen Ermächtigung abzusehen und sich mit der Erklärung der Regierung zu begnügen.

Fischer-Röll (Dem.): Da noch kein Finanzminister ernannt ist, ist es besser, die Vorlage möglichst einstimmig im Plenum zu erledigen, wie sie von der Regierung ursprünglich an den Reichstag gelangt ist.

Herr (Soz.): Die Plenarabstimmung wird in später Nachmittagstunde beginnen und die Regierung wird lediglich eine Erklärung abgeben, so daß eine Erleichterung des Gesetzes nicht wahrscheinlich sei. Der neue Vorstoß der Reichsregierung entspricht einer Vereinbarung zwischen Regierung und Industrie. Angesichts dieser Tatsache kann es keine großen Schwierigkeiten machen, sich auf das Prinzip zu einigen:

- 1. auf die Einzahlung von 200 Millionen Gold in Devisen; 2. auf die zwangsweise Einziehung, falls die Einzahlung nicht erfolgt.

Diese Prinzipien kann man in das Gesetz hineinnehmen. Wenn hier eine Einigung nicht möglich ist, würde ich vorschlagen, sich in den Fraktionen darüber zu einigen.

Wirtschaftsminister a. D. Becker: Es sei dringend erforderlich, das Gesetz noch heute zu erledigen. Der Druck der Anleiheblände kann nicht eher erfolgen, bis das Datum feststeht. Die Beratung des Gesetzes wird im Plenum nicht zwei Minuten in Anspruch nehmen.

Helfferich: Ich beantrage zur Tagesordnung überzugehen.

Herr: Ich beantrage Verlesung der Ausschlußförmung.

Kapf (D. Bp.): Es sei die Absicht, das Anleihegesetz heute noch im Plenum zu machen. Dieser Vorstoß der Regierung ist auch nicht klar. Er will nur 200 Millionen von den 500 Millionen einbezahlen und legt von den übrigen 300 Millionen nichts.

Fischer-Röll: Wenn wir uns heute darauf beschränken, der Regierung die Ermächtigung zur Ausgabe der Anleihe zu geben und alle Fraktionen sich vorbehalten, die andere Frage dann sofort zu beraten, kann das Gesetz erledigt werden.

Herr (Soz.): Es besteht kein Zweifel, daß wir die Beratung des Anleihegesetzes schnell wünschen. Wir können jedoch nur darauf eingehen, wenn Übereinstimmung besteht, daß die Frage des Devisenverkehrs in den nächsten Tagen angefaßt werden wird, jedenfalls noch von Ausnahmeständen des Reichstages. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Demokraten sind damit einverstanden.

Helfferich: Vielleicht genügt es Herrn Herr, wenn er mit den Regierungsparteien einig ist. Ich mache jedenfalls den Vorbehalt.

Herr: Ich habe auf Übereinstimmung mit Herrn Helfferich nie Wert gelegt.

Gildemeister schlägt eine Amnestie für diejenigen vor, die in Devisen einzahlen, die sie urchtmäßig besitzen.

Wirtschaftsminister Becker: Man darf aber nicht in schwebende Verfahren eingreifen. Es schwebt eben ein solches Verfahren in großem Umfang.

Herr: Ich bitte, diese Frage zurückzustellen.

In einer zweiten Beratung wird der § 1 noch einmal beraten. Der Regierungsentwurf sieht die Ermächtigung der Reichsregierung vor, zur Deckung des Finanzdienstes Zuschläge zur Vermögenssteuer zu erheben. Der Reichsrat hat beschlossen, diese Ermächtigung von der Zustimmung von Reich und Steueraussschuß abhängig zu machen.

Fischer-Röll (Dem.): Wenn man die Anleihe reizvoll gestalten will, darf man die Zuschläge nicht erst von der Zustimmung parlamentarischer Körperschaften abhängig machen.

Gildemeister (Dnalk.) beantragt einstimmig mit Zustimmung des Reichsrates: „Nach näherer Bestimmung.“

Staatssekretär Fischer schlägt vor, ein Kompromiß zu suchen. Die Regierung nimmt die Forderung Gildemeisters an. Das Prinzip sei damit festgelegt. Es handele sich dann nur um die Festlegung der Höhe der Zuschläge.

Herold (Z.) schlägt den Sozialdemokraten vor, dieses Kompromiß anzunehmen.

Herr (Soz.): Die berechtigten Bedenken, die von Fischer-Röll geäußert seien, würden durch das Kompromiß nicht entkräftet.

Helfferich: Reichsrat und Steueraussschuß könnten sich der Verpflichtung nicht entziehen, für die einzige Sicherheit zu sorgen.

In der Abstimmung wird der Antrag Gildemeisters gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Fischer-Röll geht nochmals auf die Befreiung von der Erbschaftsteuer ein. Er schlägt vor, die Anleihe in der Höhe von 200 000 Mark überbaut erbschaftsteuer frei zu lassen. — Helfferich bittet, von einem solchen Antrag abzusehen.

Kell (Soz.): Wenn man hier mit diesem Prinzip beginnt, so bestehe die Gefahr, daß die Erbschaftsteuer gänzlich ausgehöhlt wird.

Hugo (Dnalk.): Man müsse das Problem nicht vom Standpunkt der Steuern, sondern der Wirtschaft aussehen.

Wirtschaftsminister a. D. Becker: Die Anleihe sei eine Goldwertanleihe ohne Form. Deshalb müßten besondere Vorteile geboten werden. An sich bin ich der Auffassung, sie sollten annehmen, was im Gesetz steht. Persönlich bin ich der Auffassung, sie sollten noch viel weiter gehen.

Helfferich: Die Herren haben nur eine Sorge, daß die Anleihe zu gut gehen könne. Ich fürchte, daß sie nicht gut geht. Deshalb ist der Anreiz mit der Erbschaftsteuer das mindeste.

Herr (Soz.): Wir halten eine weitgehende Sicherung der Anleihe für notwendig. Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß sie einen so großen Erfolg haben würde. Wir wollen deshalb weitere Sicherungen schaffen. Man muß eine Gesamtsicherung einführen, die unabhängig ist von der Höhe der Zeichnung. Ich schlage zur Vermittlung nochmals vor, die Frist von einem Jahre auf sechs Monate herabzusetzen. Was darf die Erbschaftsteuer nicht so schwächen, wir brauchen die Erbschaftsteuer.

Fischer-Röll Dem.: Ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Helfferich: Mit diesem Vorschlag wird es der Landwirtschaft unmöglich gemacht, von diesem Vorteil zu profitieren.

Herr (Soz.): Es besteht Übereinstimmung, daß die Anleihe zu einem Zahlungsmittel wird. Die Landwirtschaft hat die Möglichkeit, innerhalb sechs Monate sehr erhebliche Beträge zu zeichnen und zu kaufen.

Herold, Jr.: Die Befreiung für die Landwirtschaft ist so hoch, (!) daß sie nicht in der Lage ist, Anleihe in erheblichem Maße zu zeichnen.

Es wird vorgeschlagen, die Befreiungsfrist bis zum 1. April 1924 auszudehnen. Dieser Antrag wird mit Stimmgleichheit abgelehnt. Da Helfferich droht, diese Frage im Plenum ausführlich zu diskutieren, bemühen sich Kapf (D. Bp.) und Fischer-Röll (Dem.) vergeblich, die Deutschnationalen zur Aufgabe dieses Standpunktes zu bewegen. Genosse Herr erklärt, daß die Sozialdemokratie eine Auseinandersetzung über die Steuerbelastung der einzelnen Klassen im Plenum nicht scheue. Sie wird aber auch die Frage aufrollen, was in der Vergangenheit in der Steuerpolitik alles veräußert worden sei. Helfferich erklärt, er wolle lediglich im Plenum den Antrag auf Wiederherstellung der Befreiungsfrist von einem Jahre wiederholen.

In der wiederholten Abstimmung wird mit Mehrheit der 15. Mai als Grenze der Befreiungsfrist für die Erbschaftsteuer festgesetzt. Das Anleihegesetz ist damit im Ausschuß endgültig verabschiedet.

Der Ausschuß ist darüber einig, daß er noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages wieder zusammentritt.

# Die Lage in Berlin.

## Der Sonntag ruhig verlaufen. — Kleine Zusammenkünfte.

Der Sonntag, sowie die Nächte vom Sonnabend zum Sonntag und vom Sonntag zum Montag sind in Berlin, abgesehen von kleinen Zusammenkünften ruhig verlaufen. Besonders der Sonntag bot ein ungewöhnlich stilles Straßenbild. Zeitweise schritt die Schupo zu einer Kaperung des Regierungsviertels, was den Verkehr unter den Linden beeinflusste. Die Kommunisten versuchten an vielen Stellen durch Streiktruppen, die sich in politischen Reden ergingen, auf die Massen einzuwirken; sichtlich ohne den gewünschten Erfolg. Die mangelnde Beleuchtung in den Abend- und Nachtstunden, hervorgerufen durch die Leuchtstreifen in den städtischen Werken, trug dazu bei, die gewohnheitsmäßigen Nachbummler von den Straßen zu entfernen. Im Schutze dieser Dunkelheit versuchten es dann auch zweifelhafte Elemente, Zusammenrottungen und Plünderungen zu inszenieren. Was an Nachrichten darüber vorliegt, sei im folgenden zusammengefaßt:

In der Schönfließer Straße kam es gestern um 7 Uhr abends zu einem Zusammenstoß von etwa 3000 Personen, als einige junge Burschen in der Straße entlang gehenden ehemaligen Kriegsteilnehmer das Verwundetenabzeichen vom Rock rissen. Die Menge verließ sich sofort, als die Polizei eingriff. Gegen 10 Uhr abends versuchten einige Tausend junger Burschen, den Hochbahnbetrieb zu stören. Sie wollten am Bahnhof Danziger Straße einen Korreiringzug umstürzen und bedrohten zugleich ein Café, dessen Spiegelglas sie bereits zertrümmert hatten. In die Räume einzudringen, gelang ihnen aber weder am Bahnhof noch am Café. Schupo und Behörde, gegen die die Menge zunächst eine drohende Haltung einnahm, zerstreuten den Trupp. In der Turmstraße bedrohten gegen Mitternacht etwa 200 Personen ein Schuhwarengeschäft. Sie hatten auch bereits das Schutzglas abgerissen und ein Schaufenster zertrümmert, als die Schupo eintraf. Gegen diese seien aus der Menge mehrere Schüsse, die jedoch zum Glück nicht trafen. Die Beamten griffen sehr ebenfalls zur Schußwaffe und gaben drei Karabinerschüsse ab. Ob jemand getroffen worden ist, konnte in der Dunkelheit nicht festgestellt werden. Auch an der Turm- und Huttenstraße wurde eine größere Menge leicht zerstreut. Am unruhigsten war es in der Hasenheide. Hier versuchte gegen 8 Uhr eine Menge die Auto-omnibusse, die den Verkehr nach Reutöhlen besorgen, umzuwerfen. Die Schupo schritt ein und verhinderte das. Sie sperrte dann den Hermannplatz, von dem die Angriffe ausgingen, ab. Gegen 9 1/2 Uhr erschienen etwa 100 junge Burschen mit einer roten Fahne, die die Internationale fingiert die Hasenheide entlang nach dem Hermannplatz und der Berliner Straße zu gezogen kamen. Sie erhielten überall Zulauf und so wuchs die Menge auf 4000 bis 5000 Personen an. Hier durchbrach sie die Kette der Schutzmannschaft und versuchte die Beamten nach verschiedenen Richtungen abzurängen. Von den Beamten wurden zwei Schrottschüsse abgegeben. Sechs Personen, die den polizeilichen Anordnungen nicht hatten folgen wollen, wurden nach der Wache gebracht, nach Freistellung der Persönlichkeiten wieder entlassen. Auch 26 weitere Personen, die nachträglich eingeleitet wurden, wurden bald wieder freigelassen. Auch im Westen, so in Schöneberg und an der Ecke der Bismard- und Wilmersdorfer Straße, wurden einige Ansammlungen leicht zerstreut. Plünderungsversuche gegen besetzte Privatkraftwagen und größere Geschäftstotele wurden von der Polizei im Keime erstickt.

## Hochbahn und Omnibus stillgelegt.

Die kommunistischen Streiktruppen sind jetzt damit beschäftigt, durch Stilllegung der Verkehrsunternehmungen die Kiesenacht möglichst schnell dem gewünschten Chaos entgegenzuführen. Die Hochbahn und Untergrundbahn wurde heute vormittag durch die Kommunisten dadurch stillgelegt, daß sie auf dem Bahnhof Gleisdreieck die Züge anhielten. Die Fahrgäste wurden gezwungen auszusteigen und die Fahrer und Zugbegleitmannschaften, obwohl sie arbeiten wollten, mit Gewalt am Weiterfahren verhindert. Die Szenen, die sich dabei abspielten, spotteten jeder Beschreibung. Infolge dieser Vorgänge wurde heute mittag der Jugerverkehr, der über Gleisdreieck geht, zum Stillstand gebracht.

Die Berliner Omnibusgesellschaft hat heute vormittag ihren Betrieb auf allen Linien eingestellt, da das Fahrpersonal bei keiner Ausfahrt von den kommunistischen Streiktruppen behindert wurde.

## Revolutionsausstellung.

### Erinnerungen an das Jahr 1848.

Die in Berlin vom Magistrat veranstaltete Ausstellung von Dokumenten aus der Umwandlung Preußens in einen Verfassungsstaat anbahnenden Revolution von 1848 ist im Märklischen Museum eröffnet worden. Stadthauptmann Hoffmann begrüßte die erschienenen Gäste und Stadthauptmann Koeser gab in einem Vortrag einen Überblick über die Strömungen und Stimmungen, unter deren Einfluß die Revolutionsmänner von 1848 standen. Die Fülle der Plakate, Flugblätter, Kladderadatschen, Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, die da in drei Räumen des Museums vor den Besuchern ausgebreitet sind, ist nur eine Auswahl von den vielen, was seltsame Sammler aus der Hinterlassenschaft des Jahres 1848 gerettet haben. Mangel an Raum hat dazu genötigt, sich in dieser Ausstellung auf das Wichtigste und besonders Charakteristische zu beschränken. Der kleinbürgerliche Zug, der durch jene Revolution ging, fällt in vielen ihren Dokumenten auf. Die satirischen und karikierenden Darstellungen lassen die derbhumoristische Art des Berliner jener Tage voll zur Geltung kommen. Reichhaltig ist die Sammlung der Spöttereien über die Bürgerwehr, an der die Bevölkerung besonders gern ihren Witz ausließ. Das Meiste von dem, was die Ausstellung bietet, gehört zu dem eigenen Besitz des Märklischen Museums. Stadthauptmann, Magistratsbibliothek und Stadtbibliothek haben Ergänzungen geliefert, einige Stücke sind auch aus privaten Sammlungen hergegeben worden. Die Ausstellung wird wahrscheinlich drei Wochen geöffnet bleiben. Sie kann in der regelmäßigen Besuchszeit des Museums besichtigt werden.

## Wegelagerer in Spandau.

### Ueberfallen, niedergehauen und beraubt.

Die Unsicherheit in der Gegend von Spandau hat wieder ein Opfer gefordert. In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr besaß sich der 21 Jahre alte Bankbeamte Max Friedrich aus der Hohenfelder Straße zu Spandau auf dem Heimwege, als in der Nähe der Schulenburgbrücke plötzlich zwei Männer über ihn herfielen und ihn durch einen Bauchschuß niederstreckten. Sie raubten ihm seine Brieftasche und die Brieftasche, die etwa 3 Millionen betrug. Zwei Männer, die herbeieilten, fanden den Ueberfallenen bewußtlos daliegen und man brachte ihn zunächst nach der elterlichen Wohnung und dann nach dem Krankenhaus. Friedrich mußte hier sofort operiert werden und ist noch nicht vernetzungsfähig. Der Chef der Kriminalpolizei Hoppe erlaubte gestern sofort einen Kommissar nach dem Tatort, um die Ermittlungen nach den Tätern und ihre Verfolgung aufzunehmen. — Auch ein Kriminalbeamter wurde in der Nacht zum Sonntag gegen 1 Uhr von mehreren Männern in Reutöhlen an der Ecke der Berliner und Lägerstraße überfallen. Einer von ihnen bat ihn um Feuer für seine Zigarette und widerlegte diese Bitte, obwohl die Zigarette schon brannte. Als der Beamte ihn darauf aufmerksam machte, schlug er mit der Faust auf ihn ein und die anderen schlossen sich ihm an. Der Beamte drohte bei weiteren Angriffen mit Schüssen. In der Folge mehr sah er sich dazu gezwungen. Er traf einen 29 Jahre alten Händler Erich Bergwart aus der Hohenfelder Straße so schwer in den Kopf, daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Die übrigen versuchten jetzt den Beamten, der sich nach der Wache zu rückzog, zu lynchen, bis er von der Wache Schutz erhielt.

## Die Not der Armen.

Die Invaliden, Armenrentner und Hinterbliebenen hatten sich vor kurzem in der Stadthalle Klosterstraße versammelt. Zahlreich waren die alten Leute erschienen aus den entferntesten Bezirken. Der Gaukler Boermann sprach über „Teuerung und Rentenerhöhung“. Er wies auf die jämmerlichen Renten hin und wies nach, daß man wohl hoffen könnte, wenn man sich um die Auswirkung der gefassten Beschlüsse kümmern wollte. Scharf kritisierte er das Verfahren von einzelnen Bezirks- und Armenvorstehern, die bei Auszahlungen der künftigen Armenrenten sich oftmals gebärdeten, als wenn es aus ihrer eigenen Tasche ginge. Es wäre ihm unbegreiflich, daß die maßgebenden Instanzen nicht eingriffen. In der Hand zahlreicher Armenbücher wies er nach, wie es nicht gemacht werden dürfte. Seine Ausführungen wurden von dem Zentralvorstande Lüneburg ergänzt. In der Diskussion wurde manches vorgebracht, was in einer solchen Versammlung nicht hingehört; politische Leidenschaft trage man anderswo aus. Mit Recht hob der Gaukler hervor, wenn man mit einem Fuß im Grabe steht, hört die politische Orientierung auf. Die Versammlung nahm eine Entschiedenheit an, die u. a. Wert beizubehalten der Rentenverförmung fordert und gegen die Ermächtigungsverordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 25. Juli 1923 entschieden protestiert. Die Auszahlung der Armenrenten in Berlin sei geradezu ein Skandal. Obwohl drei Viertel der jeweiligen Kostendaten als Richtlinie festgelegt sind, sind im Juli noch unter 20 000 M., im August 60 000 M. unter darunter gezahlt worden, trotzdem das Zentralwohlfahrtsamt unter dem 27. Juli die Bezirksämter ersucht hatte, „den Teuerungsvhältnissen Rechnung zu tragen“.

## Verlegung der Webel-Feier.

Wegen Ueberlastung des Reichstages findet die Webel-Gedächtnisfeier nicht heute, sondern am Donnerstag, den 16. August, abends 8 Uhr, im Plenarsitzungslokal des Reichstages statt.

## Krawall auf dem Wochenmarkt am Kaiserplatz.

Auf dem Wilmersdorfer Lebensmittelmarkt am Kaiserplatz nahm die empörte Menge heute vormittag einem Kartoffelhändler, der für das Pfund Kartoffeln 42000 M. verlangte, die Kartoffeln weg und verprügelte ihn. Der Mann zog ein langes Messer, Polizeibeamte verhielten weiteres. Ein anderer Händler verlangte 100 000 M. für das Pfund Bilsje. Nur mit großer Mühe konnten fünf Polizeibeamte den Mann vor der Wegnahme seiner Vorräte bewahren. Infolge dieser und ähnlicher Vorgänge packten die Händler in aller Eile zusammen und verließen schleunigst den Markt.

Der langjährige Ehrenbürger Berlins, Justizrat Oskar Cappel, wurde am Sonntag mittag in Weißensee auf dem alten jüdischen Friedhof unter großer Beteiligung weiler Kreise, im besonderen des Berliner Magistrats und der Stadtverordneten, beigesetzt. Oberbürgermeister Boehm rief dem früheren Mitarbeiter warme Worte des Andenkens nach. Reichsminister Dezer sprach namens der Dem. Fraktion des Preussischen Landtages, der Stadtverordnetenversammlung für die Dem. Fraktion der Stadtverordnetenversammlung. Mit Gefang fand die Freier ihren Abschied, nachdem der Sarg in der Ehrenreihe des Friedhofes beigesetzt war.

Nachzahlung im Verein der Feuertoten für Feuerbestattung e. V. Für das laufende Quartal (Juli-September 1923) hat jedes Mitglied eine Nachzahlung von 30 000 Mark (Kinder 15 000 Mark) zu leisten. Dieser Betrag ist sofort fällig. Mitglieder, die diese Nachzahlung bis spätestens am 31. August nicht bewirkt haben, zahlen den doppelten Betrag, also 60 000 Mark. Bestehende Wohnnahme ist auf Grund der Forderungen, sich täglich steigenden Geldentwertungsunvermeidlich geworden.

## Der Kanal zum viertenmal durchschwommen.

Der italienische Schwimmer Tiraboschi, der Sonnabend abend von der französischen Küste abgeschrieben ist, hat den Kanal in der Rekordzeit von 16 Stunden 23 Minuten durchschwommen.

## Wetter für morgen.

Berlin u. Umgegend. Trocken und nicht so heiß, etwas wärmer, bei mäßigen südlichen bis südwestlichen Winden.

## Amüliche Devisenkurse.

	18. August		10. August	
	Änder- (Geld-) Kurs	Veränder- (Geld-) Kurs	Änder- (Geld-) Kurs	Veränder- (Geld-) Kurs
1 holländ. Gulden	1460840.	1467060.	1546125.	1533875.
1 argent. Pap.-Pelo	1228625.	1288075.	1271812.50	1278187.50
1 belgischer Franc	185588.	186415.	189675.	170425.
1 norweg. Krone	804485.	807515.	638400.	671600.
1 dänische Krone	682250.	685710.	718200.	721800.
1 schweizerische Krone	927525.	929475.	1037375.	1032625.
1 finnische Mark	—	—	109725.	110975.
1 japanischer Yen	—	—	1805250.	1904750.
1 italienische Lire	158000.	160400.	167590.	168420.
1 Pfund Sterling	16697600.	17042500.	17055000.	18216000.
1 Dollar	3690750.	3709250.	3890250.	3969750.
1 französ. Franc	207480.	208690.	223400.	224500.
1 brasilian. Milreis	—	—	879050.	890950.
1 Schweizer Franc	674810.	677690.	718200.	721800.
1 spanische Pseta	508725.	511275.	585650.	541250.
100 österr. Kr. (gest.)	—	—	5588.	5614.
1 tschechische Krone	—	—	117208.	117794.
1 ungarische Krone	—	—	213.40	214.54
1 bulgarische Lewa	—	—	86910.	86000.
1 jugoslaw. Dinar	—	—	41895.	42105.



